Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh**, **Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags 10 Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 124. Freitag, den 10. August 1866

Landtag.

In der 2. Sitzung des Herrenhauses am 7. wurde zunächst ein Schreiben des Grafen v. Westphalen verlesen, der durch den erfolgten „Bundesbruch" den von ihm dem Könige von Preußen als deutschen Bundesfürsten geleisteten Homagial-Eid als hinfällig betrachtet und sich deshalb an den Berathungen des Hanses nicht mehr betheiligen zu können glaubt. — Der von den Herren v. Meding, Plötz und Genossen eingebrachte Antrag auf Erlaß einer Adresse an den König wird, nach einer kurzen Befürwortung durch Herrn v. Meding, einstimmig angenommen, und soll nach der Sitzung sofort die, aus 10 Mitgliedern und dem Präsidenten bestende Adreßkommission gewählt werden. Der Justizminister legt die auf Grund des Art. 63 der Verfassungs-Urkunde erlassenen königl. Verordnungen betreffend das Waffenausfuhrverbot und die Einstellung des Civilprozeßverfahrens gegen Militärpersonen während des Krieges; der Minister des Innern die beiden Verordnungen betreffend die Zutheilung des in Schleswig-Holstein stehenden Militärs an den Wahlbezirk der Priegnitz und die Verlegung des Umschlag-Termins in Neuvorpommern zu verfassungsmäßiger Genehmigung vor; dieselben werden der Justizkommission überwiesen. Fürst zu Salm Horstmar und Herr v. Gordon leisten den Eid auf die Verfassung. Herrn v. Rabe wird das Amt des Quästors übertragen. Nach erfolgter Mittheilung von der Konstituirung der Abtheilungen wird die Sitzung gegen 1 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung unbestimmt.

Die Abtheilungen des Abgeordnetenhauses haben sich am 7. d. konstituirt. — Die liberale Fraktion, die 24 Mitglieder zählt, hat den Abg. v. Vincke (Hagen) zu ihrem Vorsitzenden (Stellvertreter Simson), zum Schriftführer den Abg. Fubel (Stellvertreter Hauschteck) gewählt. Den Vorstand des linken Centrums bilden die Abgg. v. Carlowitz, Gneist, Stavenhagen, v. Bockum-Dolffs; den Vorstand der konservativen Partei: die Abgg. v. Bodelschwingh, v. Bismarck-Briest, v. Niebelschütz, v. Denzio und Holzapfel. Die Fortschrittspartei ist noch nicht konstituirt — Die Fortschrittspartei und das linke Centrnm haben gestern Abend unter dem Vorsitz des Abg. v. Carlowitz eine gemeinsame Berathung gehabt, in welcher von allen Seiten der Wunsch nach einer engsten Verbindung, ja nach einer völligen Verschmelzung beider Fraktionen ausgesprochen wurde. Durch eine Verschmelzung würde indessen wegen der großen Zahl der Mitglieder der Gründlichkeit der Vorberathungen Abbruch geschehen. Gemeinsame Berathungen in jeder wichtgen Sache sind dagegen von vornherein verabredet worden. In Bezug auf die Wahl des Präsidiums wurde beschlossen, an Grabow als ersten Präsidenten festzuhalten. Ueber die Wahl der Vicepräsidenten wird man erst beschließen, nachdem die beabsichtigten Verhandlungen mit der klerikalen nnd lieberalen Partei, welche in dieser Session mit ihren Stimmen den Ausschlag geben werden, stattgefunden haben werden.

Abgeordnetenhaus. Am 8. d. haben sich die Abtheilungen des Abgeordnetenhauses in folgender Weise constituirt: I. Abth. Vorsitzender: Waldeck; Stellvertreter: Kratz (Gladbach); Schriftf.: Kantak; Stellv.: Rücker. II. Abth. Vors. v. Unruh; Stellv.: Lette; Schriftf.: Wolff; Stellv.: Schulz (Memel) III. Abth. Vors.: Graf Schwerin; Stellv.: Stavenhagen; Schriftf.: v. Brauchitsch (Genthin); Stellv.: v. Selchow (Glogau). IV. Abth. Vors.: Holzapfel: Stellv.: Frhr. v. Nordenflycht; Schriftf.: v. Salisch; Stellv.: v. Brandt. V. Abth. Vors.: v. Bockum-Dolffs; Stellv.: v. Kirchmann; Schriftf.: Cornely; Stellv.: Qual. VI. Abth. Vors.: v. Bodelschwingh; Stellv.: v. d. Knesebeck (Teltow); Schrift.: Frank; Stellv.: v. Flottwell. VII. Abth. Vors.: v. Bonin; Stellv.: Virchow; Schriftf.: Pauli; Stellv.: v. Kleinsorge.

Nach diesem Ausfall der Wahlen haben die lieberalen Fractionen, mit Ausnahme der 4. 6., theilweise auch der 3. Abtheilung, in den übrigen die Majorität, obwohl ihnen auch in diesen sehr starke Minoritäten gegenüberstanden. Bei den Wahlen stellte es sich ferner durchweg heraus, daß zwischen den Conservativen und Altliberalen ein Compromiß besteht und daß sie für die Wahlacte wechselseitig für einander eintreten. So stimmten in der 1. Abth. die Conservativen für v. Vincke gegen Waldeck, und in der 6. die Altliberalen für v. Bodelschwingh gegen v. Carlowitz. . Man darf daraus den Schluß ziehen, daß diese Beziehung auch bei den Präsidentenwahlen ihren Einfluß üben, und wenn die vereinigten Fractionen der Fortschrittspartei und linken Centrums gestern die Altliberalen zur Wiederwahl Grabows aufgefordert und ihnen dafür einen Vicepräsidenten aus ihren Reihen angeboten haben, dieses Anerbieten nach dem Geschehenen wenig Aussicht auf Erfolg haben wird. (Das Organ des Preußischen Volksvereins dagegen meldet als wahrscheinlich, daß die Altliberalen ebenfalls für Grabow stimmen wollen. Es sagt: Von Vincke erzählt man sich er habe gegen die Wahl Grabow's principielle Bedenken nicht geltend gemacht. Die Conservativen denken an die Wahl Holzapfel's zum Präsidenten.) Doch sind die numerischen Verhältnisse der größeren Fractionen des Hauses heute noch nicht genau festzustellen. Die Conservativen sind bis auf etwa 6 Mitglieder heute schon volljählig, der Fortschrittspartei und dem linken Centrum fehlen noch je 10, auf deren Beitritt sie rechnen. Die beiden letzten Fractionen zählen zusammen 150 Mitglieder. Auch giebt es noch einige nach keiner Seite hin engagirte Mitglieder, deren Stimmen unter Umstäaden von entscheidender Bedeutung werden können.

Es bestehen im Abgeordnetenhause bis jetzt folgende Fractionen: 1) die Fortschrittspartei (von neugewählten Mitgliedern haben sich derselben aagescklossen Classen-Kappelmann (Köln) und Lesse (Thorn); 2) das linke Centrum (v. Bockum-Dolffs), von neugewählten Abgg. haben sich derselben bisher abgeschlossen: Conze. Graf z. Dohna, Elven Falkenberg, Dr. Jansen, Larenz, Lautz, Meulenbergh, Meuser, Otto, Rautenstrauch, Schmitz, Triacca, Zanders; 3) die katholische Fraction; 4) die Polen; 5) die Altliberalen: u. A. Georg Frhr. v. Vincke (Hagen), Frhr. v. Patow, Graf v. Schwerin, Dr. Haym, v. Eynern, Dr. Simson, v. Bethmann-Hollweg, Frhr. v. Richthofen (Jauer), v. Bonin, Grundmann, Jacobi v. Wangelin, Frhr. v. Vincke (Olbendorff), Fubel, Frhr. v. Eckardstein, v. Fock, Starke, Hauschteck, v. Wangenheim und Gärtner; 6) die Fraction Graf Bethusy- Huc, Graf Renard und v. d. Knesebeck, ca 20 Abgeordnete und 7) die conservative Fraction, welcher nach dem Bericht der „Nordd. Allg. Z." bis gestern 112 Mitglieder beigetreten waren.

Die altliberale Fraction, die 24 Mitglieder zählt, hat den Abg. v. Vincke zu ihrem Vorsitzenden (Stellv. Simson), zum Schriftführer den Abg. Fubel (Stellv. Hauschleck) gewählt. Den Vorstand des linken Centrums bilden die Abg. v. Carlowitz, Gneist, Stavenhagen und v. Bockum-Dolffs; den Vorstand der conservativen Partei: die Abgg. v. Bodelschwingh, v. Bismarck-Briest, v. Niebelschütz, v. Denzin und Holzapfel. Die Fortschrittspartei ist noch nicht constituirt.

In sämmtlichen Fractionen des Abgeordnetenhauses wird der Erlaß einer Adresse an Se. Maj. den König für nothwendig oder wünschenswerth gehalten und es kann geschehen, daß mehrere darauf bezügliche Anträge von verschiedenen Seiten des Hauses gleichzeitig eingebracht werden.

Zur Situation.

Ueber die Stellung Luxemburgs nach Auflösung des deutschen Bundes war bisher gar nichts bekannt geworden. Die „Independance belge" bemerkt in ihrer neuesten politischen Uebersicht: „Es scheint, daß die Unterhandlungen zwischen Preußen und dem Großherzogthum Luxemburg wegen des Eintritts dieses Landes in den norddeutschen Bundesstaat zu keinem Ziele geführt haben. Der König-Großherzog zieht für das Großherzogthum eine unabhängige Regierung vor, welche um so eher möglich geworden ist, als die Stadt Luxemburg aufgehört hat, eine Bundesfestung zu sein. Frankreich wird seinerseits diese Festung nun nicht mehr als gegen sich gerichtet betrachten, und die luxemburgische Regierung hofft in Bezug auf diesen Punkt auf die Unterstützung des Pariser Kabinets rechnen zu können." — Luxemburg zählte allerdings zu den Bundesfestungen; doch beruht das preußische Besatzungsrecht daselbst nicht auf einem mit dem Bunde hinfällig gewordenen Bundesbeschluß, sondern es ist in den Wiener Verträgen von 1815 ausdrücklich stipulirt.

— Ueber die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Italien wurde den „H. N." aus Wien vom 3. August geschrieben: „Das Florentiner Cabinet zeigt sich bis jetzt nicht geneigt, von seinen Forderungeu abzustehen oder dieselben zu modificiren. Drei Punkte sind es, die man hier als Basis der Friedensverhandlungen mit Italien aufstellt: 1) daß vor Abschluß des definitiven Friedens keine Festung dem italienischen Heere eingeräumt werden dürfe; 2) daß für das Festungsviereck, welches Milliarden gekostet, eine entsprechende Compensation geleistet und außerdem eine der Größe und der Bevölkerung des Landes entsprechende Quote der österreichischen Staatsschuld von dem Königreich Italien übernommen werde, und endlich 3) daß letzteres seine vermeintlichen Ansprüche auf das Trientino aufgiebt. Geht Italien auf diese Bedingungen ein, so würde die direkte Abtretung des Landes an das Königreich Italien keinen weiteren Schwierigkeiten unterliegen. Sollte das Florentiner Kabinet für das Festungsviereck eine entsprechende Compensation nicht leisten wollen, so würde man hier darauf bestehen, daß sämmtliches Kriegsmaterial aus den Festungen nach Oesterreich gebracht und die Festungswerke geschleift werden. Um diese Punkte drehen sich dermalen die Verhandlungen, doch, wie gesagt, scheint eine Verständigung noch zweifelhaft zu sein. Ricasoli soll erklärt haben, seine Entlassung zu nehmeu, falls der König die österreichischen Bedingungen onnimmt.

— Die Verhandlungen zwischen Italien und Oesterreich scheinen bisher einen sehr wenig befriedigenden Verlauf genommen zu haben, so daß die französische Vermittelung ihre Aufgabe nochmals rühriger aufzunehmen scheint. Es fragt sich, ob dadurch auch der Abschluß zwischen Preußen und Oesterreich, welchen beide Theile in kürzester Frist herbeizuführen wünschen, verzögert werden wird. Die Aussicht auf Gebietserwerbungen in Tyrol ist, wie sich auch aus den gestern mitgetheilten Präliminarien von Nikolsburg ergiebt, von preußischer Seite Italien niemals eröffnet worden. Doch ist allerdings zu besorgen, daß Oesterreich auch in Betreff der finanziellen Auseinandersetzung mit Italien sich besonders anspruchsvoll und störrig erweisen würde, sobald es durch die Ausgleichung mit Preußen freie Hand gegen den Süden gewänne.

Vom Kriegsschauplatz. Die „Schlesische Zeitung" meldet: Am 6. Vormittag starb zu Austerlitz der kommandirende General des königl. preußischen 6. Armeekorps, General der Kavallerie v. Mutius.

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 8. August. Se. Majestät der König beabsichtigt, wie verlautet, auf einige Tage zur Main-Armee zu gehen und werden sich in seiner Begleitung die hier anwesenden königl. Prinzen und der Herzog von Oldenburg befinden. Im königlichen Palais wurde gestern Vormitags eine Militär-Konferenz abgehalten, an welcher der Kriegsminister v. Roon, die Generale v. Moltke, v. Alvensleben, v. Treskow und der Oberbefehlshaber der Main-Armee von Manteuffel Theil nahmen. Der Baron v. Werther hatte vor seiner Abreise nach Prag Mittags eine Abschieds-Audienz.

— Den 9. August. Der Prinz Anton von Hohenzollern, welcher zu Königinhof seinen Wunden erlegen, hat seine furchtbaren Leiden — er hatte vier Kugeln in das Bein bekommen — mit stoischer Geduld ertragen. Zur Amputation waren die Aerzte nicht geschritten, wie es heißt, weil der Lazarethbrand in den Krankenhäusern auf dem Kriegsschauplatz sehr bedenklich grassirt. — Der Prinz Anton war der dritte Sohn des Fürsten von Hohenzollern, geb. am 7. October 1841, er stand als Lieutenant à la suite beim 1. Garde-Regiment zu Fuß. — Baron Werther wird heute nach Prag abreisen General v. Manteuffel wohnte heute einer Miltär-Conferenz im Kgl. Palais bei und ver-

abschiedete sich alsdann. Morgen werden die Bevollmächtigten aus München und Stuttgart hier eintreffen. — Die Nachrichten von einer dem Grafen Bismarck zugedachten Standeserhöhung haben, wie das feudale „N. A. B." hört, noch keine officielle Unterlage.

Aus einer Mittheilung des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung in **Krefeld** entnehmen wir, daß die Frage, ob die Kgl. Bank und deren Filialen zur Zahlung vor Communalsteuer herangezogen werden können, gegenwärtig noch dem Gesammtministerium zur Entscheidung vorliege. — Es ist angeregt worden, die Truppen bei ihrem Einzuge in Berlin festlich zu speisen, wie es im J. 1815 beim Einzuge Blüchers geschehen. Man beabsichtigt, das unter den Linden und auf dem Königsplatze Tafeln aufgeschlagen und an denselben die Soldaten mit Wein und kalter Küche regalirt werden. Der Vorschlag soll vielen Anklang finden.

— Wie die „B. u. H.-Z." mittheilt, werden noch im Laufe dieser Woche sämmtliche Landwehrleute des 1. sowohl wie 2. Aufgebots ihre Entlassung erhalten. — Dem Vernehmen nach hat unsere Regierung auf Wunsch Sachsens sich bereit erklärt, die erbeuteten Maschinen und Waggons der sächsischen Staatsbahnen gegen eine bei den definitiven Friedenhverhandlungen festzusetzende Entschädigungssumme herauszugeben. — Die Meldung aus Kiel, daß zwei schleswig-holsteinische Richter in das Obertribnal berufen seien, ist als verfrüht zu betrachten, da über die Zukunft der Herzogthümer noch keine definitiven Beschlüsse, die auch von der **Mitwirkung des Landtages** abhängen, gefaßt sind.

— Die ministerielle „Provinzial-Correspondenz" sagt in einem Artikel mit der Ueberschrift: „Indemnität" in welchem sie die Erwartung der Ausgleichung des Verfassungsconflictes ausspricht: Durch die nachträgliche Sanctionirung Seitens der Landesvertretung soll das Geschehene förmlich der Verfassung gegenüber gedeckt und der Zweifel vom Standpunkte der Gesetzlichkeit erledigt werden. Die Regierung bekundet damit ihre Achtung vor der Verfassung und beweist, daß sie mit derselben Gewissenhaftigkeit die Rechte der Landesvertretung wie der Krone zu wahren bestrebt ist. Obwohl die Mehrheit des Abgeordnetenhauses aus Liberalen und Fortschrittsmännen besteht, dürfte der vom Throne angerufene Geist der Versöhnung zur Geltung gelangen und vermuthlich in einer Adresse offenen Ausdruck finden. Bei den heute hier stattgefundenen Nachwahlen wurden die Herren Heyl und Baron Vaerst zu Abgeordneten gewählt. — Die „Kreuzztg." meldel: Dem Kriegsminister v. Roon und dem General v. Moltke ist der Schwarze Adlerorden verliehen worden. Die Minister v. d. **Pfordten** (Bayern) und v. Dalwigk (Darmstadt) werden heute Abend hier erwartet. Der frühere sächsische Gesandte Graf v. Hohenthal ist bereits hier eingetroffen. — In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses fanden Wahl-Prüfungen statt. Die Wahl des Amtsrath Rother und des Landrath Rothkirch-Trach (Wahlkreis Haynau-Liegnitz) wurden für ungiltig erklärt. — Nächsten Freitag ist die Wahl der Präsidenten.

Dresden, den 7. August. Der bisherige sächsische Gesandte am preußischen Hofe, Graf Hohenthal, ist vorgestern auf der böhmischen Bahn hier wieder eingetroffen und bereitet sich vor, nach Berlin zu gehen, um daselbst wegen des Friedens zu unterhandeln. Als militärischer Bevollmächtigter wird ihm der sächsische General-Major v. Fabrice beigegeben werden. Wie hier erzählt wird, geht der Minister v. Friesen, Mitglied der Landeskommission, zum König Johann nach Wien, um die Entlassung des Herrn v. Beust zu erreichen und durch diese Konzession Preußen für Sachsen günstiger zu stimmen. Die Nachricht der „Köln. Ztg." über Erhebung von Kontributionen in sächsischen Städten, welche heute vom „Dr. J." demitirt wird, war schon deswegen unwahrscheinlich, da, wenn dem sächsischen Staate außer den geleisteten Requisitionen noch die Zahlung einer Kriegsentschädigung zufällt, diese sicherlich nicht durch eine Kontribution der sächsischen Städte erhoben, sondern auf das ganze Land vertheilt und auf geordnetem Wege gedeckt werden wird. — Am Sonntag Nachmittag traf aus Böhmen hier ein Extrazug ein, der die erste aus dem Kriege heimkehrende preußische Mannschaft und außerdem einige Gepäck-, Feldpost- und Eisenbahnpostwagen führte. Die im Hauptquartier zu Nikolsburg befindlich gewesenen Beamten des Kriegsministeriums und der Intendantur fuhren ohne Aufenthalt von hier nach Berlin. Das preußische Feldhauptlager wird in drei Eisenbahnzügen mit je über 100 Achsen aus Böhmen durch Dresden zurück nach Berlin befördert werden. Bereits gestern wurde ein solcher Zug erwartet, die beiden andern sollen heute und morgen nachfolgen. — Das preußische Papiergeld ist jetzt im Privatverkehr hier zu Ehren gekommen, doch wird es bei der Post und von den öffentlichen Kassen nur zu 99 angenommen.

Hannover, 4. August. (Elb. Ztg.) Die Erhöhung der Garnison von 2000 Mann auf 5000, die Belegung der bedeutenderen Provinzialstädte mit Garnison wird dahin gedeutet, daß die Proklamation der Einverleibung Hannovers in Preußen bevorstehe und Aufstands- oder Störungs-Versuchen vorgebeugt werden solle.

Karlsruhe. In Betreff der leitenden Grundsätze für die innere Landesverwaltung hat das neue Ministerium ein Rundschreiben erlassen, welches nach der „Karlsr. Ztg." im Wesentlichen folgenden Inhalt hat:

Das neugebildete Staatsministerium habe die Grundsätze der allerhöchsten Proklamation vom 7. April 1860 als die auch fortan in unserm Staatsleben zu befolgenden adoptirt. Es sei hiernach den großh. Behörden die sorgsamste Pflege der durch die neue Verwaltungsorganisation geschaffenen und schon in kurzer Erfahrung erprobten Institute namentlich zu empfehlen.

Vor allem werde die großh. Regierung an dem Ausgangspunkt der Grundsätze der Proklamation v. 7. April 1860, an der Selbständigkeit der Kirchen in ihren inneren Angelegenheiten und an ihrer gesetzlichen Unterodnung unter den Staat in allen äußeren Beziehungen mit größter Entschiedenheit festhalten. Leider habe er über die praktische Durchführung dieses Grundsatzes entbrannte Kampf hin und wieder zu einer Anfeindung der gegenseitigen Autorität an sich geführt. Die großherzogl. Behörden hätten einerseits die hohe Achtung, welche der Kirche als solcher in unserem öffentlichen Leben gebührt, im Auge zu behalten; andererseits sollen unzulässigen Agitationen, bei welchen das geistliche Amt zum Deckmantel für gewissenlose politische Wühlereien und Hetzereien gemacht würde, und ebenso den Versuchen zur Untergrabung des konfessionellen Friedens (einer der wesentlichsten Bedingungen unseres staatlichen Wohles) mit den gesetzlichen Mitteln ein Ende zu machen.

Ferner müsse mit Ernst und Nachdruck vorgebeugt werden, daß die erfreuliche Entwickelung unserer Reformen in Gesetzgebung und Verwaltung nicht durch den inneren Parteikampf gehemmt würde, und daß die leidenschaftliche Erregung des Augenblicks, die sich an die außerordentlichen, ganz Deutschland umgestaltenden Vorgänge der letzten Monate knüpfe, nicht zu einer Quelle der Zuchtlosigkeit werde.

Was die öffentlichen Agitationen betreffe, so könnten, während fremde Truppen als Freunde Theile unseres Landes besetzt halten, unwahre und gehässiige Ausstreuungen dem Wohl des Ganzen wie der Einzelnen zur größten Gefahr gereichen und eine befriedigende Gestaltung unserer künftigen politischen Verhältnisse, die ohne nahe Beziehungen zu Preußen nicht denkbar sei, nur erschweren; sie seien deshalb nicht zu dulden.

Die Lasten des Krieges dürfen noch eine Zeit lang drücken, sie würden aber, während die Regierung in allen ihren Organen selbstverständlich mit aller Anstrengung auf ihre Linderung hinarbeiten wird, leichter getragen werden, wenn man sich der Einsicht nicht verschließe, daß sie die unvermeidliche Folge der vorangegangenen Ereignisse seien.

München. Dem gesammten **zweiten preußischen Reservekorps**, welches in der Stärke von mehr als 20,000 Mann über Hof und Bayreuth nach Nürnberg marschirte, hatte die bairische Regierung auf dieser ganzen Strecke nur ein einziges Infanterie-Bataillon von nicht ganz 1000 Mann entgegenzustellen. Da sie die Unzulänglichkeit dieser kleinen Schaar wohl einsah, so stattete sie dieselbe mit der falschen Nachricht aus, daß der Waffenstilland bereits abgeschlossen sei, und dieser Schild wurde denn auch von Station zu Station immer aufs Neue und natürlich immer vergeblich dem übermächtigen Gegner entgegengehaltea. — Verschiedene bairische Blätter erwähnen dus Gerücht, daß Freiherr v. d. **Pfordten** zurückzutreten beabsichtige. Als Nachfolger wird der Fürst von Hohenlohe genannt. Indessen scheint das Gerücht bis jetzt sehr unbestimmter Natur zu sein und wohl mehr auf der Annahme zu beruhen, daß das von Herrn v. d. Pfordten in der auswärtigen Politik erlittene Fiasko ihm selbst den Rücktritt müsse wünschenswerth erscheinen lassen — eine Annahme, von der es mindestens zweifelhaft erscheint, ob der bairische Premier sie theilt.

Oesterreich. Endlich, am 4. d. M., hat sich die „Wiener Ztg.,' veranlaßt gesehen, die zwischen Oesterreich und Preußen abgeschlossenen Friedenspräliminarien zur Veröffentlichung zu bringen. Man erfährt daraus nichts Neues; es ist jedoch zu konstatiren, daß die Veröffentlichung allenthalben mit Befriedigung aufgenommen wurde, da man nunmehr dem definitiven Friedensschlusse schon binnen Kurzem entgegensehen darf. Der Friede aber ist das, was Oesterreich zuerst braucht. Wenn einige Heißsporne noch vor Kurzem es als ein nicht mehr gut zu machendes Unglück bezeichneten, wenn Oesterreich jetzt Frieden mit Preußen schließen würde, so haben sie damit weder die Gesinnung der Armee noch die des Volkes richtig wiedergegeben. Das Volk, fast erdrückt durch eine geradezu unerträgliche Steuerlast, hat wahrlich keine Lust, einen Krieg fortzusetzen, der ihm unter allen Umständen nur neue Lasten bringen würde, einen Krieg, dem es von allem Anfange an ziemlich theilnahmslos gegenüber gestanden; die Soldaten aber sehnen sich danach, in ihre Heimath entlassen zu werden, und die Offiziere machen kein Hehl daraus, daß es nicht möglich sei, unter den dermaligen Verhältnissen auf irgend einen militärischen Erfolg zu rechnen. Die Armee bedarf einer gründlichen Reform, der Generalstab hat sich nicht bewährt und die meisten Korps-Kommandanten haben das in sie gesetzte Vertrauen nicht gerechtfertigt. Der gemeine Soldat aber, ohne Vertrauen in die Führung, will nicht auf die Schlachtbank geliefert werden. Es werden viele Jahre nothwendig sein, um die Schäden zu heilen, welche der Feldzug gegen Preussen blosgelegt hat, es fragt sich aber, ob wirklich dem Kaiserstaate unter den dermaligen Verhältnissen ein mehrjähriger Friede beschieden ist. Die Phrase von der Unerschöpflichkeit der Hilfsquellen Oesterreichs taucht jetzt wieder auf, und die Offiziösen glauben damit das Volk trösten und aufrichten zu können. Niemand glaubt mehr daran, im Gegentheil blickt Alles mit Resignation in die Zukunft.

Frankreich. Mit Spannung sieht man hier nach der militärischen Action Preußens, der parlamentarischen entgegen. Das „Journal des Debats" sagt darüber: „Es wäre wohl nichts geeigneter, Preußen von Seiten der zu annectirenden Bevölkerungen ernstliche Schwierigkeiten zu bereiten, als eine Fortdauer des constitutionellen Confliktes zwischen dem Abgeordnetenhause und der Regierung. Der Anblick eines so wenig anziehenden Schauspiels würde die Völker, die nicht allein die Einheit, sondern auch die Freiheit mit allen ihren gerechten Bürgschaften wollen, zum Nachdenken veranlassen. Hr. von Bismark steht allerdings nicht im Verdacht, eine große Zärtlichkeit für die liberalen Principien zu hegen; allein wir glauben auch nicht, daß er in Regierungsdingen sehr festgewurzelte Anschauungen hat, und wir möchten ihn wohl unter jene geschmeidigen Leute rechnen, die sich leicht in die Erfordernisse ihrer Politik hineinfinden. Er vermag sich also auch liberal zu zeigen, wenn sein Interesse es erheischt, und man wird bald sehen, ob er, nachdem er zu siegen verstanden, nun auch der Mann ist, aus seinem Siege Vortheil zu ziehen."

— Die Blätter beschäftigen sich bereits sämmtlich mit der **preußischen Thronrede**. Im Allgemeinen findet man dieselbe sehr, ja allzusehr zurückhaltend gerade in den Punkten, über welche man vorzugsweise auf nähere Aufklärung gerechnet hatte. Es wird sehr bemerkt, daß weder des Gegners Oesterreich, noch des Alliirten Italien, noch des Vermittlers Frankreich Erwähnung geschieht; eben so fehle jede bestimmtere Andeutung über die Pläne Preußens für die Umgestaltung Norddeutschlands, und namentlich auch über die künftige Beziehung zu den südlichen Staaten. Andererseiis wird darauf aufmerksam gemacht, daß die preußische Regierung mit Oesterreich nur erst Friedenspräliminarien festgestellt, mit ihren übrigen Gegnern nur Waffenstillstände abgeschlossen hat, und sich daher in der Thronrede der noch bevorstehenden endgültigen Regelung nicht vorgreifen konnte. Jedenfalls zieht man aus dem Stillschweigen, mit welchem in Berlin über alle noch schwebenden Fragen hinweggegangen ist, den Schluß, daß die allgemeine Lage noch immer eine ziemlich verwickelte und vorsichtig zu behandelnde ist. Besonders gilt dies auch noch für die Beziehungen zwischen Oesterreich und **Italien**; beide Staaten stehen einander fortwährend in sehr gereizter Stimmung gegenüber und sind noch nicht einmal über die Waffenstillstands-Bedingungen einig. Oesterreich will nämlich auf keinen Waffenstillstand eingehen, wenn die Italiener sich nicht vorher aus Tirol zurückziehen, wogegen die Italiener ihren gegenwärtigen Besitzstand mindestens bis zum Frieden behaupten wollen. Uebrigens zweifelt die französische Regierung nicht an dem endlichen Erfolge ihrer Vermittellungsbestrebungen.

— Herr Vilbort, der Korrespondent des „Siècle" in Berlin, berichtet über die russischen Kongreßideen, welche, wie er versichern könne, Preußen kategorisch zurückgewiesen habe. In Petersburg sei die altrussische Partei anti-preußisch, ferner auch die Kaiserin, Großfürst Konstantin und Fürst Gortschakow. Kaiser Alexander und die Armee im Gegentheil waren früher ganz auf preußischer Seite. Der außerordentliche Glanz der preußischen Erfolge und der Aufruf an die allgemeine Abstimmung, welchen Herr von Bismarck in sein Programm mit aufgenommen habe, habe jedoch schließlich die antipreußische Tendenz am Hofe von St. Petersburg ein gewisses Uebergewicht gewinnen lassen. Daher die Bemühungen wegen Wiedereinsetzung der deutschen Fürsten, die jedoch im demokratischen Europa nicht mehr Erfolg haben würden, wie im liberalen Deutschland.

— Das **Hinterladegewehr** eines Hr. **Jarre** macht gegenwärtig in Paris viel von sich reden. Es wurden neulich in einem öffentlichen Lokal, in Gegenwart von etwa 800 Personen, Versuche damit angestellt und mit dieser Waffe 50 und bei schnellstem Feuern 90 Schüsse in der Minute, unter der allgemeinen Begeisterung des Publikums, abgegeben. Das System scheint dem des Revolvers ähnlich zu sein. Das Hinterladestück (barette oder culasse mobile genannt) ist von dem Gewerbe selbst völlig getrennt. Es wird mit einer gewissen Anzahl von Patronen gespickt, eingesetzt und dreht sich dann, wie im Revolwer, nach jedem Schusse um. Je mehr solcher zum Voraus mit Patronen besetzter Barettes der Schießende bei sich trägt, desto länger, und je gewandter er die entleerte Barette durch eine gefüllte ersetzen kann, desto schneller kann er feuern. Der Transport der Munition mit den dazugehörigen Barettes dürfte übrigens in der Praxis Schwierigkeiten haben. Auch soll, wie man vernimmt, gegen eine Explosion der Patronen, wenn sie noch in der Barette und in dem Ranzen des Soldaten stecken, keine übergroße Garantie geboten sein. Die Entzündung geht nicht, wie in dem preußischen System vermittelst einer Zündnadel, sondern, wie das „Siecl" andeutet, durch einen eignen, übrigens dem anerkannten Coltsystem vewandten Mechanismus vor sich.

Großbritannien. Die Thronrede, mit der König Wilhelm I. gestern die Kammer in Berlin eröffnet hat, scheint hier einen günstigen Eindruck zu machen; und fast allgemein ist die Erwartung, daß der Verfassungsstreit jetzt einer befriedigenden Lösung entgegengehe.

Der „**Spectator**" warnt Preußen und Deutschland vor halben Maßregeln und einem faulen Frieden. Das deutsche Parlament müsse einer Verpfuschung entgegenarbeiten. Keine der Nationen, die am Kriege betheiligt waren, sei vollkommen zufrieden. Italien fühle sich gekränkt wegen Wälschtirol und wegen zu dürftiger Lorbeeren. Oesterreich werde nie freiwillig seine Stellung in Deutschland aufgeben und das Mittel sie zurückzugewinnen sei leider den Habsburgern in der Hand geblieben. Wenn Süddeutschland einen besonderen Staatenbund bilden dürfe, werde dieser über kurz oder lang die Intervention Frankreichs anrufen und zugleich von Wien aus aufgemuntert und unterstützt werden. Im Frühjahr 1867 werde Frankreich

furchtbar gerüstet dastehen und Oesterreich jedenfalls ein gutes Hinterladegewehr besitzen. In diesen Wahrscheinlichkeiten liege der Keim zu einem sehr gefährlichen Kriege, der, falls der Süden den Sieg davontragen sollte, Deutschland auf die Dauer spalten oder, falls der Süden unterläge, Preußen die Nothwendigkeit auferlegen würde, mit schweren Opfern die jetzt versäumte Gelegenheit zurückzukaufen. — Kurz, der „Spectator" empfiehlt dem deutschen Parlament, den Frieden zu einem wirklichen zu machen und darauf zu dringen, daß es dem Süden freigestellt werde, sich unter den Bedingungen, die früher einmal den Elbherzogthümern angeboten waren, dem preußischen Staatenbund anzuschließen. Das Volk würde dann allmählich seine Fürsten zum Abschluß zwingen, und das Deutschland würde eine Macht werden, der weder Frankreichs noch des ganzen übrigen Europas Einmischung etwas anzuhaben vermöchte. . . .

Italien. Italien verlangt von Wälsch=Tyrol nur den Streifen oberhalb des Garda=See's; die Grenze soll etwas nördlich von Trient gehen, das eine „unbestrittene" wälsche Stadt sei; das Dorf, das die Grenze bilden solle, bezeichne schon durch seinen Namen seine Bedeutung, es heißt: Mezzo Lombardo Mezzo Tedesco. Das in Anspruch genommene Gebiet ist fast ganz von italienischen Truppen occupirt, denn daß Trient nur aus Rücksicht auf Preußen unbesetzt blieb, ist eine durch ein amtliches Telegramm des österreichischen Generals Kuhn bestätigte Thatsache; Kuhn hatte Wälsch=Tyrol bereits aufgegeben und befahl, sich zur Vertheidigung von Deutsch=Tyrol zu concentriren. Die Italiener finden, daß die Anwesenheit der Oesterreicher am nördlichen Gestade des Garda=See's eine ewige Drohung und Herausforderung sein würde.

Aus Rom wird gemeldet, daß der Papst am Sonntag Abend ein außerordentliches Konsistorium abgehalten hat, in welchem die Kardinäle über die augenblickliche Situation deliberirten. — Der Papst hat in der Franziskanerkirche eine Rede gehalten, in welcher er die Jugend ermahnt, den revolutionären Leidenschaften zu mißtrauen, und auffordert, für den König Viktor Emanuel zu beten, auf daß dieser davon ablasse, gegen die Religion zu handeln. Es wird demnächst eine neue Allokution erwartet, betreffs der Einziehung der Kirchengüter in Venetien.

Rußland. Nach den getroffenen Bestimmungen wird der Großfürst Thronfolger Ende der Woche nach Moskau gehen, sich dann nach Nowgorod, Kasan, Tharitsinn, in das Kosakengebiet begeben und von da aus noch mehrere Theile des Reiches besuchen. Von verschiedenen süddeutschen Höfen sind erneut Bemühungen eingetreten, um Rußland zu einer Vertretung ihrer Interessen Preußen gegenüber bei den jetzigen Verhandlungen zu bestimmen. Ein wirkliches Engagement der russischen Regierung in diesen Angelegenheiten ist bisher nicht erfolgt. Die Agitation der altrussischen Partei, die Donaufürstenthümer=Organisation wieder zu einer brennenden Frage zu machen, wird lebhafter.

Amerika. In Neu=York herrtsche im Juli eine furchtbare Hitze. Menschen und Thiere fielen zu Dutzenden todt in den Straßen zusammen und die Hospitäler sind mit Sonnenstichkranken überfüllt.

— Die „Newyorker Handelsztg." bringt aus Hoboken die Mittheilung, daß unter den dort lebenden Deutschen auf die Nachricht von den preußischen Siegen in Böhmen ein Aufruf im Umlauf gesetzt wurde, in welchem zu einer Subscription zu Gunsten der Verwundeten und der Hinterbliebenen gefallener Soldaten aufgefordert werde. Der Subscriptions=Bogen wurde schnell mit Unterschriften bedeckt, wovon manche zur Höhe von fünfzig bis hundert Dollars gemacht wurden. Es wird beabsichtigt, den Gesammtbetrag an die Abgeordneten Harkort, v. Eynern und Dr. Löwe, behufs einer geneigten Verwendung zu übersenden.

Provinzielles.

Danzig, den 8. August. (D. Z.) Dem 38. Jahresbericht des hiesigen Allgemeinen Gewerbe=Vereins pro 1. Mai 1865 bis dahin 1866 entnehmen wir folgende Details: Die Zahl der Mitglieder betrug am 1. Mai 1865 471, am 1. Mai 1865 463. Die Einnahme betrug 2084 Thlr. 24 Sgr. 10 Pf., die Ausgabe 2000 Thlr. 16 Sgr. 1 Pf., so daß am 1. Mai 1866 ein Bestand von 84 Thlr. 8 Sgr. 9 Pf. blieb. Die Vermögens=Uebersicht zeigt als Activa 17,782 Thlr. 3 Sgr. 9 Pf., als Passiva 6681 Thlr. 6 Sgr. Der abgesondert von dem Vereinsvermögen verwaltete Bürger=Unterstützungsfonds besitzt ein Capital von 580 Thlr., bestehend aus 58 Actien à 10 Thlr. Der Etat für das Verwaltungsjahr 1865/66 ist in Einnahme und Ausgabe auf 2000 Thlr. normirt. — Das Actien=Capital der Hilfskasse ist unverändert auf 2686 Thlr. 20 Sgr. geblieben. Der Verkehr derselben mit der Sparkasse wurde in bisheriger Weise fortgesetzt und erreichte das Guthaben derselben den Betrag von 3000 Thlr. Die neuen Ausleihungen betrugen 6990 Thlr. 8 Sgr. in 63 Posten. Die Rückzahlungen 6202 Thlr. 12 Sgr. in 209 Posten, und verbleiben Ausstände ult. December 7085 Thlr. 26 Sgr. in 81 Posten. Der Reservefonds der Hilfskasse hatte ult. des Jahres einen Bestand von 2010 Thlr. 16 Sgr. 3 Pf. — Die Handwerkerlehrlingsschule wurde im Wintersemester von 40 Schülern besucht; die Fortbildungsschule für Mädchen besuchten im Winter 21, im Sommer 15 Schülerinnen. Die Bibliothek umfaßt 558 Werke.

Stargard i. Pomm., den 4. Aug. (N. St. Z.) Die nächstens eintretende Pensionirung des hiesigen nicht wiedergewählten Bürgeemeisters Delsa dürfte leicht Veranlassung zu einem interessanten Rechtshandel von prinzipieller Wichtigkeit werden. Der Oberbürgermeister war auf 12 Jahre mit einem jährlichen Gehalt von 1200 Thlr. angestellt: während dieser Amtsperiode aber fand die Regierung sich veranlaßt, das Gehalt um jährlich 300 Thlr. zu erhöhen, wogegen die Stadtverordneten vergeblich Beschwerde führten und endlich nur unter Protest die Zahlung zuließen. Jetzt werden dieselben natürlich die Pension nach dem bei Anstellung vereinbarten Gehalt von 1200 Thlr. bemessen und für etwa höhere Ansprüche die richterliche Entscheidung abwarten. Zweifelhaft bleibt, ob die mehrmals über den Contract gezahlten 300 Thlr. nicht auch noch jetzt von der Pension abgezogen werden können, da aus der Städte=Ordnung wohl ein Recht der Regierung ersichtlich ist, bei Eingehen des betr. Dienstverhältnisses das Gehalt angemessen festzusetzen, nicht aber, das allseitig angenommene während der Dauer des Contracts zu steigern.

Inowraclaw. Die Weizenernte ist in unsern Gegenden ziemlich beendet. Sie verspricht einen recht guten Ertrag; das häufig wechselnde Wetter ließ sie leider nicht ohne Unterbrechung einbringen, so daß vielleicht hie und da einiger Auswuchs zu beklagen ist. Erbsen sind in der Ernte, ebenso Gerste, Hafer, Sommerrogen. Letztere versprechen nur mittelmäßigen Ertrag.

Bromberg, den 8. August. (Brb. Z.) Seitens des hiesigen K. Proviant=Amts sollen mehrere Hundert Stück Schlachtvieh (Ochsen, auch einige Kühe) meistbietend verkauft werden.

Lokales

— **Stadtverordneten-Sitzung** am 8. d. **Mts.** Vorsitzender Herr Adolph; — im Ganzen 22 Mitglieder anwesend. — Vom Magistrat die Herren Stadträthe Hoppe und Joseph.

Nach § 13 der Geschäftsordnung der Vers. muß die Dringlichkeit eines Berathungsgegenstandes nicht blos von der Versammlung, sondern auch vom Magistrate anerkannt werden. Es ist dies eine Beschränkung der Rechte der Vers., da die Zustimmung des Magistrats durch die Städte-Ordnung nicht geboten ist, ja, dem Geiste derselben zu widersprechen scheint. Herr Dr. Prowe beantragt demnach den Fortfall des Passus über die Zustimmung des Magistrats aus jenem Paragraphen und stimmt ihm die Vers. bei. — Bei Gelegenheit des Betriebs-Berichts über die städt. Ziegelei-Verwaltung nimmt die Vers. Veranlassung den Magistrat zu ersuchen, daß derselbe eine Aenderung der Preise für die Fabrikate der Ziegelei nur nach Anhörung der Ziegelei-Deputation eintreten lasse. — Der Magistrat zeigt an, daß der zur Fahne einbeorderte Poliz.-Serg. Herr Palm von dem Unteroffiz. Herrn Koppitz gegen 20 Sgr. tägliche Diäten vertreten wird. — Bei den städtischen Schulen ist der Lehrer Herr Thom zu Wieszki bei Nakel mit einem jährlichen Gehalt von 250 Thlr. angestellt worden. — Für das Holz des am 6. April v. J. vom Eise fortgerissenen Eisbrechers Nr. 6 bietet der Eigenthümer Herr Kirste 20 Thlr. Das Holz liegt auf der Jankowiczer Kämpe und würde das Herschaffen desselben bedeutende, seinen Werth überschreitende Kosten verursachen. Magistrat und die Vers. genehmigen daher die Offerte des p. p. Kirste. — Die Beschlußnahme betres derff früher schon vom Magistrate beantragten Gasröhren-Leitung nach der Mocker wird in Anbetracht der zeitigen finanziellen Verhältnisse der Stadt bis zum nächsten Frühjahr vertagt, der Magistrat jedoch ersucht, inzwischen die Ertheilung des Consenses zur Ausführung des Unternehmens bei den betreffenden Militärbehörden zu bewirken. — Die Vers. hatte den Fortfall der Hauskollekten für die hiesigen Hospitäler beantragt, weil dieselben die Bewohner belästigen und einen unerheblichen Ertrag liefern, welcher erforderlichen Falls aus städt. Mitteln gedeckt werden könnte. Der Magistrat bemerkt hiegegen, daß die Hauskollekten ein wohlerworbenes Recht der Hospitäler seien, auf deren Fortfall er, der Magistrat, um so weniger eingehen könne, als der eventuelle Zuschuß aus Kämmereimitteln gewährt werden soll, welche für die nächste Zukunft schon seh in Anspruch genommen wären. Trotz dieser Erklärung hält die Vers. ihren früheren Beschluß betreff des Fortfalls besagter Kollekten aufrecht. — Der Magistrat beantragt, in diesem Jahre das Fundament für das Schulgebäude auf der Jakobs-Vorstadt herzustellen. Die Vers. beschließt dagegen in Anbetracht dessen, daß das besagte Gebäude ein dringendstes Bedürfniß ist, den Magistrat zu ersuchen, das Schulgebäude noch in diesem Jahre bis unter das Dach aufführen zu lassen. — Der Schulkassenrechnung p. 1862 wird die Decharge ertheilt. — Nach Mittheilung des Magistrats hat die Stadt einen Beitrag von 2415 Thlr. 16 Sgr. zu der Landlieferung des Kreises Thorn zu zahlen, welcher aus Kämmereieinnahmen gedeckt werden wird. — Auf Antrag des Magistrats beschließt die Vers., daß das neue Mädchenschulgebäude ein Schieferdach erhalten soll, lehnt dagegen die vom Magistrat beantragte Bewilligung von 10 Thlr. zum Richtschmaus für die Arbeiter an diesem Gebäude ab. — Die Brückengeldeinnahme p. Juli cr. betrug 1060 Thlr. 6 Sgr. 6 Pf., oder im Durchschnitt täglich 34 Thlr. 6 Sgr. — Die Vers. ersucht den Magistrat, um für den in der Gasfabrik gewonnenen Theer den möglichst höchsten Preis zu erzielen, daß die Theervorräthe, so bald größere Quanta angesammelt sind, plus-licitando verkauft werden. — Nach Anzeige des Magistrats soll ehestens die Bewerbung um die zweite, mit 180 Thlr. Gehalt, freier Wohnung und 4 Klftr. Brennholz ausgestattete Lehrerstelle an der Schule auf der Bromberger Vorstadt ausgeschrieben werden. Die Vers. stimmt dem bei, behält sich aber ihre Beschlußnahme über die Vertheilung des noch nicht vermessenen Dienstlandes für die Lehrer vor. — Dem Meistgebot des Herrn Kfm. A. Danielowski von 31 Thlr. jährl. Pacht für den Holzplatz am Jakobs-Hospital auf 3 Jahre v. 1. Octbr. cr. ab wird der Zuschlag ertheilt. — Die Bedingungen zur Abfuhr des Straßenkehrichts werden im Ganzen genehmigt, jedoch beschließt die Vers., daß unter die Bedingungen der Zusatz aufgenommen werde, die Abfuhr des Kehrichts soll künftighin vom 1. Mai bis zum 1. October täglich bewirkt werden. — Zur Berathung des Entwurfs einer Stollgebühren-Taxe für die hiesigen evangel. Geistlichen soll nach Antrag des Magistrats eine gemischte Commission gewählt werden. Seitens der Vers. werden in diese Commission gewählt die Herren: Dr. L. Prowe, M. Schirmer und Hornemann. — Außer obigen Angelegenheiten wurden noch persönliche Gesuche erledigt.

— **Kommunales.** Die Revision, resp. Verbesserung des Statuts der städtischen Feuer-Societät ist von einem Mitgliede des Kuratoriums derselben beantragt worden. Das Statut ist in seiner Fassung, wie bezüglich einzelner Bestimmungen veraltet und empfiehlt sich die Ausführung des Antrages um so mehr, als bei der Societät inzwischen die Rückversicherung eingeführt, die Prämiensätze und Taxgebühren herabgesetzt sind und die Zwangspflicht für die hiesigen Hausbesitzer, bei der Societät ihre Grundstücke zu versichern, aufgehört hat.

— **Schulwesen.** Nach einer in d. B. schon zweimal erschienenen Ankündigung des Herrn Dir. Dr. Prowe nimmt derselbe morgen, Sonnabend a. 11. d. 11 Uhr Vdrm., Anmeldungen zu dem hierorts neu zu begründenden Lehrerinnenseminar entgegen. — Wir wünschem dem Unternehmen herzlichst Glück und zum Segen für manche Tochter Thorns günstigen Fortbestand, wie wir denn auch zu der Weisheit unserer Behörden das Vertrauen und die Zuversicht hegen, daß sie den hoffentlich in Folge des Neubaues mit erneuter Frische und Ausdauer fortzusetzenden Bestrebungen des genannten Dirigenten unserer weiblichen Bildungsanstalten ihre Gunst und Unterstützung nicht versagen, vielmehr noch in reicherem Maße als bisher bethätigen werden.

— **Die Darlehnskassen-Agentur** hat bis jetzt noch kein Geschäft gemacht, weil der Geschäftsgang derselben, wie wir vernehmen, viel zu weitläuftig und in Folge des Herabsetzens des Bank-Diskonto bei ihr keine Nachfrage nach Geld ist.

— **Die Straßenbesprengung** hat seit v. Montag nicht mehr ausgeführt werden können, weil das Wasser-Bassin am Kondukt gereinigt wurde. Zwar ist die Reinigung schon am Montag vollendet gewesen und das Wasser in die Röhren zugelassen worden, es ist aber bis heute aus noch nicht aufgeklärten Gründen noch nicht gelungen, das Wasser wieder in die Brunnen zu leiten und dieselben fließend zu machen. Wie es scheint, findet irgendwo eine Verstopfung der Röhren statt. Die Pumpbrunnen sind leider so unpraktisch eingerichtet, daß sie sich zum raschen Füllen der zum Sprengen benutzten Wassertonnen nicht benutzen lassen.

— **Lotterie.** Bei der a. 7. d. angefangenen Ziehung der 2. Klasse 134. königlicher Klassen-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 10,000 Thlr. auf Nr. 11,977.

2 Gewinne zu 2000 Thlr. fielen auf Nr. 28,702 und 89,075.

1 Gewinn von 600 Thlr. fiel auf Nr. 32,929 und

2 Gewinne zu 100 Thlr. fielen auf Nr. 51,748 und 90,050.

Bei der am 8. d. fortgesetzten Ziehung fiel 1 Gewinn von 4000 Thlr. auf Nr. 38,730.

1 Gewinn von 2000 Thlr. auf Nr. 34,539.

2 Gewinne zu 600 Thlr. fielen auf Nr. 63,848 und 81,607.

3 Gewinne zu 200 Thlr. fielen auf Nr. 14,697, 30,430 und 80,653 und

5 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 21,492, 41,238, 56,720, 71,361 und 76,912.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— **Die Mähmaschine** nach Samuelson des Herrn Ehrenberg in Gr. Lichtenau, die erste in Westpreußen, von welcher die „Danziger Zeitung" kürzlich berichtete, hat bis jetzt in Raps, Roggen, Weizen und Hafer durchaus zur Zufriedenheit des Besitzers gearbeitet. Die Maschine mit 2 starken Pferden bespannt, schneidet einen 4 bis 5 Fuß breiten Streifen, legt das geschnittene Getreide in geraden, Häufchen fertig zum Einbinden ab und läßt eine handhohe durchweg gleichmäßige Stoppel; ein Ausschlagen von Körnern findet nicht statt. Die Leistungen der Maschine bei den verschiedenen Früchten haben wegen der häufigen Unterbrechungen, welche das Mähen durch Regen erlitt, nicht festgestellt werden können. Zuletzt wurden 36 M. Morgen 57 Q.-R. Weizen in 21 Stunden abgemäht. Die höchste Leistungsfähigkeit, welche an der mit vier schwachen in mäßigem Futterzustande befindlichen Pferden bespannten Maschine während mehrerer Umgänge beobachtet wurde, war 13 □-R. in der Minute, wobei die Pferde 110 Schritt in einer Minute zurücklegten, der 5 Fuß lange Schneideapparat aber nur auf 4 Fuß in Wirkung trat. Auf festem Boden und mit starken oft gewechselten Pferden ist also sehr wohl eine Leistung von 2 bis 4 M. Morgen in der Stunde zu erzielen. Die Maschine kostet hier 300 Thlr.

— **Stand der Früchte.** Aus Ungarn wird berichtet, daß der Roggen, dessen Ernte nahe sei, einen sehr reichen Ertrag zu geben verspreche. Das Stroh sei sehr lang und die Aehren stark gefüllt und schwer. Der Weizen dagegen habe sich weniger befriedigend entwickelt, als man es bei Beginn des Frühjahrs zu hoffen ein Recht gehabt habe. Schlesien: die Körnerfrüchte stehen gut; auch der Weizen, für den man im Monat Mai nicht ohne Grund besorgt war, hat sich noch ganz gut entwickelt und verspricht zum Wenigsten eine gute Mittelernte zu geben. Galizien: Der Stand der Früchte ist sehr hoffnungsvoll, namentlich derjenige des Roggens. An Brodfrucht wird es uns, da auch die Gerste schön zu werden verspricht, in diesem Jahre nicht fehlen. Das vergangene Jahr hat uns wiederholt gelehrt, daß somit die Hauptwünsche erfüllt werden; die Nebenwünsche, viel Geld einzunehmen, scheinen nicht in Erfüllung zu gehen, denn ist auch der Rips heuer vortrefflich gerathen, so ist doch der Preis desselben nicht dazu angethan, viel Geld zu lösen; ebenso bietet auch der Weizen auf reichen Ertrag nur wenig Hoffnung, denn die Aehren desselben sind gering und schwach beladen. Aus dem westlichen Rußland wird der „Neuen landw. Ztg." geschrieben, daß eine reiche Ernte in Aussicht stehe; namentlich hätten sich die Winterfrüchte gegen Erwarten gut entwickelt. Weizen sei nur in den Niederungen durch Spätfröste etwas zurückgekommen, doch scheint der üble Ein-

fluß mehr das Stroh, als die Körner zu treffen. Böhmische Blätter schreiben, daß die diesjährige Obsternte immer noch zu schönen Hoffnungen berechtige; das Frühobst sei zwar hin und wieder durch Fröste gestört worden; allein die kalten Maitage hätten es bewirkt, daß das mannigfache Ungeziefer, das sonst dem Obste so sehr schade, nicht aufgekommen wäre. Am meisten Aussicht auf reichen Ertrag bieten die Spätbirnen, sowie auch die spät reifenden Aepfelsorten. — Hannover: der Stand unserer Winterhalmfrüchte ist im Ganzen befriedigend; nur über den Weizen wird hier und da geklagt. Die Sommerfrüchte stehen insgesammt vortrefflich. Sehr schön haben sich die Kartoffeln entwickelt; auch die Rüben haben zum Anwachsen gutes Wetter gehabt. Die Futterernte fällt nicht so reichlich aus, als man gehofft hatte; am meisten hat der Stand des Klee's getäuscht. — Vom Niederrhein lauten die Nachrichten über den diesjährigen Heuertrag recht günstig; über den Stand des Klees wird indessen auch geklagt; namentlich soll die Luzerne den gehegten Erwartungen wiederum nicht entsprochen haben. Anderes ausgestelltes Grünfutter, wie Wicke- und Hafergemenge wird gelobt. — Aus den Weinbautreibenden Gegenden des Rheins wird mitgetheilt, daß die Traubenblüthe außergewöhnlich spät eingetreten sei. Die Stöcke hängen übrigens sehr stark voll Gescheine, die unter der günstigen Witterung in der letzten Hälfte des Monats Juni gut verblüht haben.

Thorn, den 9. August. Es wurden nach Qualität und Gewicht bezahlt, für

Weizen: Wispel gesund 42—64 thlr.
Roggen: Wispel 34—39 thlr.
Erbsen: Wispel weiße 40—44 thlr.
Gerste: Wispel kleine 30—32 thlr.
Hafer: Wispel 23—24 thlr.
Rübsen: Wispel 62—67 thlr.
Kartoffeln: Scheffel 12—14 sgr.
Butter: Pfund 6—6½ sgr.
Eier: Mandel 4—4½ sgr.
Stroh: Schock 10—11 thlr.
Heu: Centner 25 sgr.—1 thlr.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch Papier 134½ pCt. Russisch-Papier 135⅔ pCt. Klein-Courant 40—44 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 45 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 9. August. Temp. Wärme 12 Grad. Luftdruck 28 Zoll — Strich. Wasserstand 1 Fuß 7 Zoll
Warschau den 8. August Wasserstand der Weichsel heute 5 Fuß 10 Zoll.

Inserate.

Es predigen:

In der evangelisch-lutherischen Kirche.
Freitag, den 10. August Abends 7 Uhr Missionsstunde Herr Pastor Rehm.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck. — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von Ernst Lambeck.